85. Jahrgang. № 418. Freitag, 15. Oktober 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: In Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zutragung monatl. 4,50 M., vierteljährl. 13,50 M., durch d. Post bei tägl. zweimal. Bezug monatl. 6 M., vierteljährl. 18 M.
Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Min.-mm-Zeile 25 Pf. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 12395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Osram-Haus, Ruhland & Co.
Beleuchtungskörper, Seidenschirme
Klub- und Schreibtischlampen
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper
Liliengasse, Ecke Röhrhofsgasse 15, 5 Minuten vom Postplatz.

Residenz-Büfett und **Konditorei-Kaffee**
Konzert nachm. u. abends
Kaffee Kasino
Stimmungs-Konzerte des Kapellmeisters Ernst Rost
7 Seestraße 7.

Dauerbrand-Oefen
irischen und amerikanischen Systems :: Bewährte Fabrikate
Florian Czockert's Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15.

Haarfärbemittel farbenschön, haltbar garantiert giftfrei
Parfümerie Paul Schwarzlose
Dresden-A. Schloßstr.-13

Die Wirkungen des Spa-Diktates.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 14. Okt. Der Reichskohlenrat beriet heute über die Lage unserer Kohlenversorgung und die Wirkung des Spa-Abkommens, sowie über die Sozialisierungsfrage. Generaldirektor **Koenigeter** führte aus, daß im ersten Monat des Abkommens die vorgeschriebenen Mengen vollgeliefert worden seien, mit Ausnahme eines Rückstandes von 27 900 Tonnen, die für Italien bestimmt waren, während im September bei den westlichen Kohlenrevieren ein kleiner Rückstand eingetreten ist. Reichskohlenrat und Reichskohlenkommissar haben, so betont der Redner, alle Anordnungen getroffen, damit die Mengen, für die die Reviere verantwortlich sind, im Oktober einschließlich des im September entstandenen kleinen Restes voll geliefert werden. Die gewaltige Leistung, die Deutschland mit der Aufbringung dieser Mengen bisher vollbracht habe, habe gezeigt, daß es uns mit der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen bitter ernst ist. Sie haben aber auch besonders **im Auslande den Eindruck erweckt, als ob uns diese Leistung bisher verhältnismäßig leicht geworden** wäre, und daß die erwarteten Wirkungen auf die deutsche Kohlenversorgung und auf die deutsche Wirtschaft überhaupt nicht eingetreten wären. Zum Beweise dafür, daß diese Annahme durchaus unberechtigt ist, gab der Redner einen Ueberblick über

den Rückgang der deutschen Kohlenversorgung.

So hat der Reichskohlenkommissar den Eisenbahnen die nötigen Wintervorräte nicht zuführen können. Die Eisenbahn hat vielmehr in den letzten Monaten nur die laufenden Bedarfsmengen erhalten können, so daß der Vorrat der Eisenbahn heute nicht höher ist als im Sommer. Die Eisenbahnen haben in Norddeutschland für etwa 26 Tage Vorräte, während ein solcher für mindestens 36 Tage vorgesehen war. Die Eisenbahnen in Süddeutschland verfügen über einen etwas höheren Bestand, was durch die schwierigeren Versorgungsverhältnisse bedingt werde. Die Wirkungen der Ablieferung der 2 Millionen Tonnen werden sich erst in ihrer ganzen Schwere zeigen, wenn wir einen hartnäckigen Winter bekommen. Besonders fühlbar sind aber bereits jetzt die Folgen der Ablieferung bei allen Industriewerken, die nur auf bestimmte Kohlensorten angewiesen sind. Die deutsche Industrie ist eifrigst bemüht, sich auf minderwertige Brennstoffe, insbesondere auf Rohbraunkohle, umzustellen. Die Erwartungen auf die Wirkung dieser Umstellung dürfen aber nicht überspannt werden.

Nach einer Erörterung der finanziellen Wirkung der Kohlenlieferungen an die Entente zog Generaldirektor Koenigeter einen

Vergleich zwischen der Kohlenversorgung Deutschlands und Frankreichs

auf Grund von Mitteilungen des französischen Arbeitsministers in einem französischen Blatte. (Wir haben über diese Angaben seinerzeit bereits berichtet. — D. Red.) Die französische Versorgung hatte sich im August, also nach einem Monate unserer Lieferungen, um 36 Prozent gegenüber dem Januar gebessert, während wir zu gleicher Zeit auf einen Stand heruntergedrückt worden sind, der nur ganz wenig besser ist als der vom Januar des Jahres. Der Vorrat der französischen Eisenbahnen, der im Januar 180 000 Tonnen betrug, hatte sich Anfang September auf 800 000 Tonnen gesteigert und damit die normale Höhe der Vorkriegszeit erreicht. Die Pariser Gasanstalten, die 1919 nicht mehr als 25 000 Tonnen Vorrat hatten, verfügten Anfang September über 900 000 Tonnen, wonach anzunehmen ist, daß die Pariser Gasanstalten jetzt bereits ihren ganzen Winterbedarf gedeckt haben. Die Bestände der gesamten deutschen Gasanstalten dagegen beliefen sich im September dieses Jahres auf 401 000 Tonnen. Sie sind gegen den 1. August um 40 000 Tonnen zurückgegangen. Die Groß-Berliner Gasanstalten verfügten am 1. Oktober d. J. über ganze 47 000 Tonnen, die für etwa 8—9 Wintertage reichen. Noch am 1. Juli hatten die Groß-Berliner Gasanstalten einen Bestand von 83 000 Tonnen. Die Pariser Elektrizitätswerke haben ihre Vorräte gegen das Vorjahr von 15 000 auf 60 000 Tonnen gesteigert. Die Groß-Berliner Elektrizitätswerke hatten am 1. September d. J. bei einem Tagesbedarf von 2000—2200 Tonnen einen Bestand von 17 000 Tonnen gegen 10 000 Tonnen zur gleichen Zeit des Vorjahres. In Deutschland muß nach wie vor bei den von der Steinkohle abhängenden Elektrizitätswerken die Stromabgabe scharf rationiert werden. Neue Anschlüsse selbst wichtiger Betriebe können nicht vorgenommen werden. Mehreren großen für die Landwirtschaft wichtigen Ueberlandzentralen haben die Sonderzuweisungen an Frühdruschkohle nicht oder nur erheblich gekürzt zugeführt werden können. Auch der große Mangel an Schmiedekohle auf dem Lande hat sich leider stark verschärft. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß es an den nötigen Anstrengungen, auch im Winter 2 Millionen Tonnen monatlich zu liefern, nicht fehlen werde, daß allerdings die Durchführung der vollen Lieferung wesentlich von den Transportverhältnissen abhängen dürfte.

Der Reichskohlenrat trat weiterhin in eine Aussprache ein über

die Sozialisierungsfrage.

Winkaus sprach sich entschieden gegen die Sozialisierung des Bergbaues aus. Auch bei einer Ausschüttung des gesamten Gewinnes würden den Bergarbeitern nennenswerte Lohnerhöhungen nicht geboten werden können. Die einzige richtige Art der Sozialisierung sei, wie Lloyd George neulich betonte, eine vernünftige Besteuerung. Die Unternehmer lehnten die Vorschläge der Sozialisierungskommission ab, erklärten sich aber bereit, mit nach Wegen zu suchen, die Produktion im Kohlenbergbau zur höchsten Entfaltung zu bringen. — Dr. Brendle wendet sich als Verbraucher-Vertreter gleichfalls gegen die Sozialisierung. Vor der Ordnung unserer Kohlenversorgung müsse erst der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in Angriff genommen werden. Das Gebilde der beiden Vorschlägen gemeinsamen Riesenorganisationen sei schlimmer als die ganze Kriegswirtschaft. v. Bredow sprach ebenfalls als Verbraucher-Vertreter gegen die Sozialisierung. — Als Vertreter des Handels wendet sich Abgeordneter Wiesinger gegen die Sozialisierungsvorschläge, während Löffler als Arbeitnehmer-Vertreter entschieden dafür eintritt, desgleichen Werner (Betriebsbeamter). Ohne Sozialisierung des Bergbaues werde man künftig noch weniger Kohlen bekommen als bisher.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Sozialisierungskommission hat ihren Bericht erstattet, und damit rückt der Augenblick näher, wo sich entscheiden muß, ob die deutsche Volkswirtschaft, die zur Bewältigung ihrer Riesenaufgabe, des Wiederaufbaues Deutschlands, unbedingte und ungestörte Stetigkeit braucht, sich einer angemessenen Ruhe- und Schonzeit versichert halten darf, oder ob sie einer grauen Theorie zuliebe erbarmungslos in die unabsehbaren Gefahren einer allgemeinen Umwälzung von schlechterdings nicht abzuschätzender Tragweite gestürzt und so dem Chaos preisgegeben werden soll. Darüber, daß die Sozialisierung des Bergbaues nur den Anfang der Sozialisierung überhaupt darstellt und daß nach der Durchführung dieses einen Experiments die weiteren folgen werden, kann bei der radikalisierten Stimmung, die zurzeit auf sozialdemokratischer Seite herrscht, kein Zweifel aufkommen. Mehr als je gilt also in dem vorliegenden Falle die Mahnung: „Den Anfängen stelle Dich entgegen!" Das haben alle sachverständigen Kreise unseres Volkes, die sich gegenüber der unser Wirtschaftsleben jetzt bedrohenden Katastrophe den klaren, ruhigen Blick bewahrt haben und frei sind von doktrinärer Prinzipienreiterei, richtig erkannt und sind daher mit vereinten Kräften auf den Plan getreten. Einzelne hervorragende Autoritäten auf dem Gebiete des Bergbaues haben gemeinsam mit den führenden Fachvereinigungen und sonstigen Industrieverbänden in nachdrücklichen Protesten gegen den geplanten Sprung ins Dunkle Stellung genommen und sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die ganze Industrie durch dieses verzweifelte Experiment um den Erfolg ihrer Wiederaufbauarbeit gebracht werden müßte. Insbesondere haben noch in den letzten Tagen die Vereinigung niedersächsischer Handelskammern, die Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover und der niedersächsische Handwerkskammertag ein Telegramm an die zuständigen Instanzen gerichtet, worin gefordert wird, daß die Entscheidung in Berlin nicht eher fallen dürfe, bis alle Landesteile, die eignes Wirtschaftsleben haben, unter Erwägung ihrer besonderen Verhältnisse zu Wort gekommen sind. Zugleich wird die Zurückstellung endgültiger Beschlüsse verlangt, bis die Bezirkswirtschaftsräte gebildet und zu der Frage der Sozialisierung gehört worden seien.

Nunmehr ist auch der Essener Bergbauverein mit einer Schrift „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues" (Selbstverlag) herausgekommen, worin die ganze Frage in übersichtlicher Form behandelt, eine sachverständige Kritik der Kommissionsbeschlüsse gegeben und der politische Untergrund der Aktion in scharfe Beleuchtung gerückt wird. Die Sozialisierungskommission ist bezeichnenderweise selbst zu keinem einheitlichen Votum gelangt, sondern hat sich gespalten. Der eine Vorschlag empfiehlt die sogenannte Vollsozialisierung, bei der die restlose Beseitigung des Privateigentums im Kohlenbergbau gegen Entschädigung sofort erfolgen soll. Hier scheidet also das kapitalistische Unternehmerinteresse von vornherein vollständig aus, und die bisherige Unternehmerfunktion wird lediglich von Beamten ausgeübt. Die Mitglieder des Reichskohlendirektoriums, das die Geschäfte der Kohlengemeinschaft führt, entbehren, da sie feste Bezüge haben, jedes materiellen Anreizes zu einer gesteigerten Leistung und befinden sich überdies in weitgehender Abhängigkeit vom Reichskohlenrat, der sie jederzeit abberufen kann. Man kann danach das Maß von Selbständigkeit, Selbstverantwortlichkeit und freier Initiative ermessen, zu dessen Entfaltung dieses Beamtenkollegium in der Lage sein wird. Nun aber erst die ungeheuerliche Bureaukratisierung, zu der die Verwirklichung dieses Vorschlages führen muß! Es sollen danach 20 Generaldirektionen neben dem Reichskohlendirektorium errichtet werden. Alle diese Direktionen brauchen natürlich einen nicht geringen Verwaltungsapparat, und dementsprechend umfangreicher wird der Stab der Zentraldirektion in Berlin sein. Die Schrift des Essener Bergbauvereins schätzt das Beamtenheer, das erforderlich wäre, um die vorgeschlagene Verwaltungsmaschinerie in Gang zu bringen, auf viertausend Köpfe und schildert in drastischer Weise den Bureaukratismus, der so in riesenhafter Größe aus dem Sozialisierungsplan auftaucht. Der zweite Vorschlag der Kommission verwirft die sofortige Enteignung der Unternehmer und stützt sich dabei auf Gründe, die eine hohe Anerkennung der befruchtenden Kraft der Unternehmertätigkeit enthalten. Die sofortige Ausschaltung des Privatkapitals erscheint den hinter dem zweiten Vorschlage stehenden Mitgliedern der Sozialisierungskommission „angesichts der gefährdeten Lage der Kohlenwirtschaft, ihrer Lebenswichtigkeit als Grundpfeiler des gesamten Wirtschaftsbaues, des hohen technischen Standes und der Verantwortung ihrer Führung als zurzeit undurchführbar". Bemerkenswert sind die beredten Worte, mit denen die Unentbehrlichkeit der Unternehmertätigkeit für die Uebergangszeit der nächsten Jahrzehnte geschildert wird. Der zweite Vorschlag be-

Der Ersatz für Genf.

Basel, 14. Okt. **Pariser Meldungen zufolge solle man in französischen Regierungskreisen überzeugt sein, daß die Konferenz in Genf endgültig fallengelassen werde. Darin sehe man aber keinen französischen Erfolg, denn an die Stelle der Konferenz dürfte nach dem Ergebnis der Londoner Besprechungen Delacroix' mit Lloyd George eine andere Zusammenkunft zwischen Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission und den Finanzsachverständigen aller Europa-Staaten stattfinden. Die Engländer wünschten sogar, daß in dieser Konferenz auch Amerikaner vertreten sein sollen. Es scheint, daß der englische Ministerpräsident in der Frage der Vertretung Deutschlands bei der nächsten Besprechung der Wiedergutmachungsfrage auf seinem Standpunkte verharre, wonach die Vertreter Deutschlands zu diesen Besprechungen eingeladen werden müssen.**

Paris, 14. Okt. Wie „Echo de Paris" mitteilt, hat die französische Regierung die Vorschläge der englischen Note betr. die Sachverständigenkonferenz und die vorgeschlagene Konferenz mit deutschen Vertretern zur Erwägung der Wiedergutmachungsfrage angenommen, aber die Einberufung einer dritten Konferenz verlangt, auf der nur die alliierten Regierungen vertreten sein sollen. Die englische Ansicht gehe dahin, daß man sich mit Deutschland auf freundschaftliche Art einigen solle. Der französische Standpunkt dagegen gehe dahin, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nur dann nachkäme, wenn es dazu gezwungen würde. Eine Formel für eine endgültige Einigung sei bisher noch nicht gefunden worden. (W. T. B.)

v. Mutius bei Leygues.

Paris, 14. Okt. Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Leygues gestern den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Minister v. Mutius empfangen. (wtb.)

Jugoslawische Truppen in Kärnten.

Klagenfurth, 14. Okt. **In die Zone A sind zwei jugoslawische Bataillone eingerückt. Die Plebiszitkommission traf entsprechende Maßnahmen und wird bis zur Uebergabe des Gebietes an Oesterreich anstatt der Kontrolle die Verwaltung des Gebietes selbst übernehmen. (W. T. B.)**

Das amtliche Abstimmungsergebnis in Kärnten.

Klagenfurt, 14. Okt. Nach dem offiziellen Abstimmungsergebnis sind für Oesterreich 22 025, für Südslawien 15 278 Stimmen abgegeben worden. (W. T. B.)

Graf Sforza zurückgetreten.

Rom, 14. Okt. (Stefani.) **Der Minister des Auswärtigen Graf Sforza ist zurückgetreten. (W. T. B.)**

Die Stellung des Kabinetts Giolitti.

Mailand, 14. Oktober. In unterrichteten politischen Kreisen wird die Meldung des „Secolo", daß das Kabinett gefährdet sei, als Versuchsballon bezeichnet, um die Stimmung der einzelnen Parteien zu sondieren.

Polnisch-litauische Verhandlungen.

Kowno, 14. Okt. (Litauische Telegr.-Agentur.) Die litauische Regierung hat auf die letzte Note des polnischen Ministers des Aeußeren vom 9. d. M. gestern drahtlich ihre Zustimmung zu weiteren Verhandlungen über eine Weiterführung der Demarkationslinie östlich von Bastunai über Offmjany nach Varena (Orany) gegeben unter der Bedingung, daß die polnische Regierung ihr Verhältnis zu General Zeligowski völlig klärt und die polnischen Truppen sofort aus dem besetzten Wilnaer Gebiet zurückzieht. Die ausländischen Missionen sind aus Wilna nach Kowno zurückgekehrt. Sie erklärten sämtlich, daß sie die sogenannte Regierung von Mittellitauen nicht anerkennen. (W. T. B.)